PRESSE INFORMATION

NEUE STUDIE DER FES ZUR POLITISCHEN BILDUNG AN BERLINER SCHULEN

ZWISCHEN STATUS QUO UND STATE OF THE ART - POLITISCHE BILDUNG UND DEMORATIEBILDUNG AN BERLINER SCHULEN

Eine **empirische Studie** zum Stand der politischen Bildung an Berliner Schulen von **Prof. Sabine Achour**, **Anja Höppner** und **Annemarie Jordan**, Freie Universität Berlin

Am heutigen Mittwoch ab 9 Uhr werden im Rahmen der heutigen Konferenz „**Schule braucht Demokratie – Demokratie braucht Schule“** mit u.a. **Bildungssenatorin Sandra Scheeres** die Ergebnisse **erstmals** per **livestream** präsentiert: https://www.fes.de/forum-berlin/berlinpolitik

Kontext & Ziel:

- Es sind heute krisenhafte Entwicklungen in der Demokratie, die uns daran erinnern, dass unsere Gesellschaft ein sich immer wieder selbst bestärkendes Fundament an demokratischen Einstellungen braucht. Dafür bedarf es kontinuierlicher Politischer Bildung – nicht nur, aber besonders auch bei Schüler_innen. Der grundsätzliche demokratiefördernde Auftrag von Schule gewinnt in Zeiten gesellschaftspolitischer Diskursverschiebung und zunehmender Erfolge von Rechtspopulisten an Relevanz und Dringlichkeit.

- Mit dieser Studie unter wissenschaftlicher Leitung von Prof Dr. Sabine Achour (FU Berlin) möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung daher einen Beitrag leisten zu Erkenntnissen darüber, wie die Berliner Schule ihrem grundsätzlichen demokratiefördernden Auftrag nachkommt und welche Ansätze sich im Sinne der Befähigung mündiger und kompetenter Bürger_innen bewährt haben bzw. zu verfolgen sind.

- Die Leitfragen der Studie lauten somit: Welche Bedeutung haben politische Bildung und Demokratiebildung an Berliner Schulen? Wie erleben Berliner Schüler_innen die Themen Politik und Demokratie in Unterricht und Schule? Welche Einstellungen haben sie zur Demokratie, ihren Werten, Partizipation und gesellschaftlichen Gruppen?

- Die Studie zeigt auf, welche Angebote der politischen Bildung und Demokratiebildung die befragten Schüler_innen der Berliner Schule ab Jahrgangstufe 9 erfahren (Umfang und Gestaltung des Politikunterrichts, Angebote außerschulischer Kooperationen und

Demokratiebildung für die Schulkultur) und über welche Politikkompetenz und Selbstwirksamkeit, Haltung und Einstellungen sie nach eigenen Angaben verfügen. Dabei standen folgende Aspekte im Zentrum: Politisches Interesse, Vertrauen in die Demokratie sowie Institutionen, Organisationen und Akteure, Partizipation(sbereitschaft), demokratische Grundwerte und Einstellungen zu sozialen Gruppen.

- Damit liefert die Studie eine kritische Analyse des Status Quo schulischer politischer Bildung im Land Berlin wie auch einen Blick auf die Politikkompetenz der befragten Schüler_innen vor der Stärkung des Faches Politik mit dem Schuljahr 2019/2020. Sie verortet zudem Berlins aktuelle Bestrebungen, Demokratiebildung zu fördern und zeigt Handlungsempfehlungen für die Berliner Bildungspolitik und Schulpraxis auf.

Vorgehen der Studie:

- Die Befragung von 596 Berliner Schüler_innen fand als Teil der Datenerhebung (anonyme Paper-Pencil-Befragung im Klassenverband) für die bundesweit ausgerichtete FES-Studie „*Wer hat, dem wird gegeben*“ (Achour/Wagner 2019) im Schuljahr 2018/ 2019 statt. Die Befragung erfolgte somit, bevor das Fach Politische Bildung in Berlin zum Schuljahr 2019/2020 für die Jahrgänge 7-10 im Rahmen einer Kontingentlösung für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer eingeführt wurde. Die Ergebnisse können somit keine Auskunft über die Situation seit dem Schuljahr 2019/2020 geben, sie lassen vielmehr Rückschlüsse auf Bedarfe und Potentiale sowie daraus resultierende Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu.

- Die Daten stammen von sechs Gymnasien und drei Integrierten Sekundarschulen (ISS). Die Ansprache der Schulen erfolgte über Netzwerke der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft – es handelt es sich somit nicht um eine repräsentative Studie.

- Für die nun vorliegende Publikation wurden die Daten erstmals berlinspezifisch ausgewertet und analysiert. Bei der Auswertung wurde nach Klassenstufen (9-10 sowie 11-13) und Schulformen (Gymnasien, Integrierte Sekundarschulen (ISS) differenziert.

- Konkret untersucht wurden Merkmale des Politikunterrichts und der Demokratiebildung mit Fokus auf Inhalte, Methoden, didaktische Prinzipien und Formate, die in einem Fragebogen für die Schüler_innen operationalisiert wurden. Vor dem Hintergrund untersuchter Facetten der Politikkompetenz wie Selbstwirksamkeit, Partizipation(sbereitschaft) sowie Haltungen und Einstellungen zur Demokratie, ihren Grundwerten, Institutionen und verschiedenen sozialen Gruppen können Rückschlüsse auf die Angebote und Möglichkeiten der politischen Bildung gezogen werden – teilweise vergleichend mit den Durchschnittswerten der bundesweiten Untersuchung.

Zentrale Ergebnisse:

1) **Spezifische Herausforderung: Ungleiche Verteilung sozialen und kulturellen Kapitals**
   Das soziale und kulturelle Kapital der befragten Berliner Schüler_innen verteilt sich entlang der Schulformen Integrierte Sekundarschule und Gymnasium unterschiedlich. Insgesamt verfügen die Schüler_innen an den Integrierten Sekundarschulen aber im Vergleich mit den bundesweit befragten Schüler_innen an den nicht-gymnasialen Schulformen über einen sozio-kulturell

höheren Hintergrund. Dies lässt die Vermutung zu: Berliner Integrierte Sekundarschulen sind auch für bildungsnahe Familien attraktiv und können Segregationstendenzen abfangen. Das heißt, soziale Ungleichheit aufzufangen – besonderes Investment in Bildung, wo sie nötig ist.

2) **Wie(viel) Politikunterricht? Trend: Politik an Gymnasien – Gesellschaftswissenschaften an Sekundarschulen**
Diese Entwicklung zeigt sich unter anderem in den Unterrichtsinhalten: an den Gymnasien sind sie fokussierter und tiefgehender, aber weniger übergreifend (z.B. Nachhaltigkeit, Medien/Digitalisierung), an den Integrierten Sekundarschulen fachübergreifender, aber „oberflächlicher". Das „Pendeln" der Fächer Politik, Geschichte, Geographie und Ethik zwischen Domänenspezifik und Integrationsfach erfordert Konsequenzen für die Lehrkräftebildung, um fachfremden Unterricht als „Qualitätshindernis" für guten Unterricht reduziert zu halten. Dies lässt sich übertragen auf die bessere Implementierung der übergeordneten Themen des Rahmenlehrplans.
Nicht nur für die Lernenden, sondern auch für die Lehrenden müssen die Inhalte in Aus- und Weiterbildung (re-)implementiert werden: Querschnittsthemen stärken – Demokratiebildung, Medienbildung, Nachhaltigkeit, Akzeptanz von Vielfalt.

3) **Gestaltung von Politikunterricht: Fokus Urteilen und Debattieren**
Sowohl die Förderung der politikdidaktischen Kompetenzen als auch die Berücksichtigung didaktischer Prinzipien wie Kontroversität und Problemorientierung bis hin zum Methodeneinsatz zeigen einen deutlichen Schwerpunkt bei der politischen Urteilskompetenz. Wenngleich diese als zentraler Bestandteil politischer Bildung als „Königskompetenz" gilt, ist auch die politische Handlungskompetenz von großer Bedeutung. Hier liegen ungenutzte Potentiale: Let's do it – auch politische Handlungsfähigkeit ist gefragt.

4) **Demokratisches Unterrichts- und Schulklima: Offener Meinungsaustausch- weniger Mitbestimmung**
Demokratisches Miteinander bescheinigen die befragten Berliner Schüler_innen ihren Schulen hinsichtlich des Meinungsaustausches. Entscheiden und Mitbestimmen ist weniger Usus, so dass Demokratiebildung Folgendes in den Fokus nehmen kann: Eine starke Demokratiebildung an Schule braucht Beteiligungsformate und Mitbestimmung.

5) **Berliner Schüler_innen: Politisch interessiert und partizipationsbereit – je nach kulturellem Kapital**
Die befragten Berliner Schüler_innen zeigen sich teils interessierter und engagierter als in der bundesweiten Befragung und dies relativ unabhängig vom Geschlecht oder Migrationshintergrund. Allerdings unterscheiden sich Interesse und Engagement entlang des kulturellen Kapitals. Disparitäten diesbezüglich zeigen sich häufiger bei den befragten Schüler_innen an den Integrierten Sekundarschulen. Das heißt, auf Beteiligungsdisparitäten reagieren – Politische Bildung dort stärken, wo sie gebraucht wird.

6) **Politische Selbstwirksamkeit: Starke Persönlichkeiten**
Im Mittel bescheinigen sich die befragten Schüler_innen eine gute Politikkompetenz, insbesondere hinsichtlich der Fähigkeiten und Formate, die in Schule und Unterricht gelebt werden wie Meinungsvielfalt und -ausdruck. Vor allem in der politischen Kommunikation face to face im sozialen Nahraum fühlen sie sich kompetent. Dies trifft weniger auf politisches Kommunizieren und Agieren im digitalen Raum zu: Schule als Erfahrungsraum für Politikkompetenz – weiter ausbauen, auch digital und online.

7) **Demokratische Grundhaltung der Berliner Schüler_innen – mit Handlungsbedarfen**
Die befragten Berliner Schüler_innen sprechen sich für demokratische Grundrechte und fast alle Befragungsgruppen für die Demokratie aus. Aber sie zeigen auch Skepsis gegenüber Politiker_innen, Parteien, bestimmten gesellschaftlichen Akteuren und Organisationen sowie Social Media. In dieser Ambivalenz zwischen demokratischer Grundhaltung und Kritik heißt dies für die politische Bildung: Misstrauen, Distanzen und Skepsis zum Thema machen – in Unterricht, Schule und Politik.

8) **Einstellungen zu Migration und sozialen Gruppen: Zeichen für Vielfalt und gleiche Rechte**
Vielfalt und gleiche Rechte für alle Menschen halten die Schüler_innen für wichtig. Die gesellschaftliche Ambivalenz gegenüber Migration zwischen Anerkennung, Pragmatik und Skepsis zeigt sich allerdings auch bei ihnen. Nicht zuletzt haben sie die Diskursverschiebungen nach rechts in den letzten Jahren erleben müssen, so dass Schule und Unterricht Schüler_innen in ihren positiven Einstellungen unterstützen sollte: Anerkennung für Vielfalt nutzen – Schüler_innen gegen migrationsfeindliche und antisemitische Diskurse stärken.

9) **Wider die „Problemkategorie Migrationshintergrund“: Kein Diversity-Gap**
Das Interesse an Politik, Vertrauen in gesellschaftliche Akteure und Institutionen unterscheidet sich bei den befragten Schüler_innen mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund lediglich minimal. Keinerlei Unterschied gibt es bei der Selbstwirksamkeit, alle befragten Schüler_innen fühlen sich politisch kompetent. Dies ist für die zukünftige Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichten ein positives Signal, um den heute gesellschaftlich an vielen Stellen noch vorherrschenden Diversity-Gap zu reduzieren. Ebenfalls schätzen beide Befragungsgruppen das Schulklima als vergleichbar demokratisch ein. Dies ist eine wichtige Grundlage für eine konstruktive Bearbeitung von Diskriminierung und Rassismus. Schule hat das Potential für Engagement, politische Involviertheit und Diskriminierungsfreiheit in zunehmender Vielfalt.

Weitere Informationen bei:
- *…den Autorinnen:*
  - sabine.achour@fu-berlin.de
- *…der Friedrich-Ebert-Stiftung:*
  - Verantwortlich: Dr. Nora Langenbacher: nora.langenbacher@fes.de
  - Organisation/ (kostenlose) Bestellungen der Printausgabe: Simone Döbbelin: simone.doebbelin@fes.de